

Satzung

zur Erhaltung der städtebaulichen Eigenart des Gebietes Kohlrabi - Insel

Aufgrund des § 4 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO) vom 21.04.1993 (SächsGVBl Nr. 18, S. 301) und des § 172 (BauGB vom 08.12.1986 in der jeweils gültigen Fassung) hat der Stadtrat der Stadt Radeberg in der Sitzung am 15.10.1997 folgende Satzung beschlossen:

§ 1 Geltungsbereich

Der Geltungsbereich dieser Satzung umfasst das Gebiet der Kohlrabi-Insel, das in dem als Anlage beigefügten Plan umrandet ist. Der Plan ist Bestandteil dieser Satzung.

§ 2 Erhaltungsgründe Genehmigungstatbestände

- 1) Zur Erhaltung der städtebaulichen Eigenart des Gebietes aufgrund seiner städtebaulichen Gestalt bedarf der Abbruch, die Änderung oder die Nutzungsänderung sowie die Errichtung baulicher Anlagen im Geltungsbereich dieser Satzung der Genehmigung.
- 2) Insbesondere die Denkmalwürdigkeit des Gebietes in der Einheit von
 - seiner Funktion als reines Wohngebiet nach § 3 BauNVO
 - seiner typischen Baustruktur als Siedlung innerhalb der Stadt mit zugehörigem Hausgarten und Vorgarten
 - seiner typischen Gestaltung der Wohn- und Nebengebäude, der Grundstückseinfriedung und dem für die Hausgärten typischen Gehölzbestand mit einem bestimmenden Anteil an kleinkronigen Obstgehölzen zu bewahren.
- 3) Die Errichtung, die Änderung, die Nutzungsänderung (sofern damit andere oder weitergehende Anforderungen verbunden sind) der Abbruch von Gebäuden und baulichen Anlagen ist in jedem Falle genehmigungsbedürftig, auch wenn solche Vorhaben nach SächsBO genehmigungsfrei wären.

§ 3
Zuständigkeit, Verfahren

Die Genehmigung nach dieser Satzung wird durch die Stadt erteilt. Ist für ein Vorhaben eine baurechtliche Genehmigung oder Zustimmung nach Sächsischer Bauordnung erforderlich, ist die Genehmigung nach dieser Satzung Bestandteil der planungsrechtlichen Stellungnahme der Stadt

§ 4
Ordnungswidrigkeiten

Wer eine bauliche Anlage in dem durch die Satzung bezeichneten Gebiet ohne die nach ihr erforderliche Genehmigung herstellt, abbricht oder ändert, handelt nach § 213 Abs. 1 Nr. 4 BauGB ordnungswidrig und kann gemäß § 213 Abs. 2 BauGB mit einer Geldbuße bis zu 50.000,00 DM belegt werden

§ 5
Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Radeberg, den 16.10.1997

Gerhard Lemm
Bürgermeister